

Positionspapier Bildung

Bildung ist die Grundlage des wirtschaftlichen Erfolges der Schweiz. Der JFBE setzt sich aktiv für eine hochstehende, vielfältige und praxisnahe Bildungslandschaft ein. Die Hauptaufgabe der Schule soll hierbei in der Vorbereitung auf das Berufsleben und der Vermittlung von Grundwissen und Schlüsselkompetenzen liegen. Sie soll jedoch nicht zuständig sein für die Erziehung. Eines der grössten Erfolgsmodelle der Schweiz, das duale Bildungssystem, gilt es zu stärken und die Verakademisierung zu verhindern.

Attraktivität des Lehrerberufs steigern

Der Lehrerberuf im Kanton Bern hat an Attraktivität eingebüsst. Gerade im Vergleich zu anderen deutschsprachigen Kantonen kann unser Kanton nicht mithalten. Nicht grundlos treten viele Studienabgänger der hiesigen Pädagogischen Hochschule Stellen in anderen Kantonen an, oder geben den Lehrerberuf gar vollständig auf, um sich der Privatwirtschaft zuzuwenden. Der daraus entstehende Mangel an Lehrkräften wird bekämpft, indem nicht qualifizierte Personen als Lehrer eingesetzt werden. Aus wirtschaftlicher Sicht und um die Qualität unserer Schulen zu gewährleisten, wollen wir dieser Entwicklung mit folgenden Massnahmen entgegentreten.

Forderungen

- Die Löhne der Lehrpersonen müssen vergleichbaren Berufsbildern in der Privatwirtschaft angepasst werden. Weiter gilt es, die Lohnverteilung von Jung zu Alt sowie zwischen den verschiedenen Schulstufen zu überprüfen.
- Das Klassenlehramt soll je nach Klassengrösse und/oder Zusammensetzung prozentual entschädigt werden, wobei von mindestens zwei Lektionen pro Woche ausgegangen wird.
- Die Schule muss von ihren momentanen Pflichten entlastet werden. So soll die Verantwortung der Schule bei der Vermittlung von Wissen und Kompetenzen liegen, wobei die Eltern für alle anderen Bereiche (z.B. Erziehung) verantwortlich sind. Erziehung im engeren Sinne ist nicht Sache des Schulwesens. Die Schule darf nicht zu staatlichen Ersatzeltern werden.
- Die Lehrerausbildung muss angepasst und Hürden müssen abgebaut werden. Konkret bedeutet das:
 - keine Verwissenschaftlichung des PH-Studiengangs und verstärkte Gewichtung der praktischen Ausbildung
 - kein Hochschulstudium für Lehrer/Innen der Basisstufe
 - Bachelorabschluss soll für Gymnasiallehrpersonen genügen

Volksschule

Die allgemeine Mobilität der Schweizerinnen und Schweizer nahm in den letzten Dekaden stark zu. Bürger wechseln vermehrt ihren Wohnort innerhalb oder ausserhalb des Kantons. Das heutige Bildungssystem in der Schweiz ist stark föderalistisch geprägt. Innerhalb des Kantons Bern können die Gemeinden einen grossen Einfluss auf die Volksschule nehmen, wodurch die Schüler unterschiedlich gebildet werden. Damit aber alle Schüler vom gleichen Bildungsangebot profitieren können, müsste innerhalb des Kantons Bern eine Vereinheitlichung der Stundentafel vorangetrieben werden, um einerseits die Chancengerechtigkeit zu gewährleisten und andererseits der zunehmenden Mobilität gerecht zu werden. Auch sollten sich die Lerninhalte im Kanton Bern mit denjenigen anderer Kantone harmonisieren.

Das Bildungsangebot sollte möglichst flexibel sein und sich dem jeweiligen Leistungsniveau des Schülers anpassen. Anstatt starr zwischen Realschule und Sekundarschule (teilweise auch Spezsek) zu trennen, sollte es in Zukunft vermehrt die Möglichkeit geben, je nach individuellen Stärken in verschiedenen Fächern die entsprechenden Niveaus zu besuchen.

Die Schule bereitet die Kinder nicht nur auf die berufliche Zukunft vor, sie stattet die Kinder auch mit dem nötigen Werkzeug für das Leben aus. Aus diesem Grund ist Staatskunde ab der 7. Klasse ein notwendiges Schulfach. Daneben sollen auch Kenntnisse in den Bereichen Volkswirtschaft, Betriebswirtschaft und Recht vermittelt werden.

Um Kosten zu sparen versucht der Kanton Bern vermehrt Sonderklassen zu schliessen und verhaltensauffällige Schüler in normale Klassen zu integrieren. Mit dieser Massnahme wird jedoch den Schülern nicht gedient. Einerseits wird durch die Integration der Sonderschüler in die Regelklasse das Bildungsniveau der Klasse gesenkt, da der Lehrer seine Aufmerksamkeit den Sonderschülern widmen muss, andererseits wird auch den verhaltensauffälligen Schülern selbst geschadet, die, durch die ständigen Misserfolge im Vergleich mit ihren Mitschülern, die Lernmotivation verlieren.

Leistungsschwache Schüler profitieren von massiven individuellen Fördermassnahmen. Leistungsstarke Schüler erhalten dieses Angebot nicht und werden benachteiligt, da alle Ressourcen für leistungsschwache Schüler aufgewendet werden. Der Kanton Bern muss seine Fördermassnahmen überdenken, damit alle Schüler profitieren können.

Um die Vereinbarung von Familie und Beruf sicherzustellen, ist eine Umstellung auf Tagesschulen zu prüfen. Von dieser Struktur profitieren nicht nur die Eltern, sondern auch die Schüler, auf die beispielweise in der betreuten Aufgabenhilfe individuell eingegangen werden kann.

Wenn eine Schule aufgrund zu geringer Anzahl Schüler geschlossen wird, kann der Kanton Bern Kosten sparen. Dies ist durchaus positiv, jedoch entstehen auch zusätzliche Transportkosten, die zulasten der Gemeinden gehen. Somit wirkt sich die Schulschliessung positiv für den Kanton aus, aber negativ für die Gemeinden. Dieser Fehlanreiz für den Kanton muss aufgehoben werden.

Weiterführende Schulen (Berufsschule, Gymnasium)

Die Entwicklung eines breiten Mittelstandes hat die Schweiz auch dem dualen Bildungssystem zu verdanken. Eine Lehre ist für einen jungen Menschen nach wie vor der beste direkte Einstieg in das Erwerbsleben. Mit der Möglichkeit einer Berufsmatura und einem allfälligen Fachhochschulstudium stehen alle Türen offen. Dieser bewährte Weg einer Berufslehre soll gestärkt werden und mehr gesellschaftliche Anerkennung erfahren. Besonderes Augenmerk ist auf die Durchlässigkeit zu legen. Es soll möglichst wenige Hindernisse geben, sich nach einer Lehre auf dem akademischen Weg fortzubilden.

Die heutige Sprachenlastigkeit am Gymnasium soll zugunsten von MINT-Fächern verringert werden. Dies wäre beispielsweise durch ein an die Universitäten angelehntes Kreditsystem umzusetzen, mit dem die Fächer entsprechend ihres Anteils im Stundenplan im Zeugnis gewichtet würden.

Politische Bildung, Staatskunde und ein Bewusstsein für das aktuelle Weltgeschehen sind im Gymnasium nur ungenügend vorhanden. Mit einem Angleichen an den allgemein bildenden Unterricht in der Berufsschule und einer Sensibilisierung der Lehrpersonen für diese Themengebiete soll dieser Mangel behoben werden.

Hochschulstufe

Die duale schweizerische Hochschullandschaft, mit praxisnaher Fachhochschule und wissenschaftlicher Universität, soll gestärkt werden. Die JFBE akzeptieren keine Vereinheitlichung oder Verakademisierung.

Die JFBE sind für eine Förderung von berufsbegleitenden Studiengängen.

Die Standorte der Hochschulen sind zu spezialisieren. Eine Zentralisierung der Standorte darf nur bei grossen wirtschaftlichen Vorteilen vollzogen werden. Ansonsten ist eine dezentrale Hochschullandschaft, welche regionale Wirtschaftsstandorte fördert vorzuziehen.

Fazit

Der Jungfreisinn Kanton Bern fordert eine verhältnismässige und zielgerichtete Ausbildung. Der Kanton Bern legt dabei das Fundament für eine gute Bildung, in dem er professionelle und motivierte Lehrkräfte beschäftigt, welche sich auf ihren Kernauftrag fokussierend können.